

MEXIKO HAT AM 5. JULI 2009 GEWÄHLT: PRI SIEGT KLAR – DESASTER FÜR PAN

**RELATIVER PRI-ERFOLG BEI DEN ZWISCHENWAHLEN
ZUM PARLAMENT / PAN MIT RÜCKTRITT SEINES
VORSITZENDEN / REGIEREN BLEIBT SCHWIERIG**

Frank Priess



Frank Priess ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Mexiko.

Mexiko hat gewählt und dem Abgeordnetenhaus des Landes mit seinen 500 Repräsentanten ein neues Gesicht gegeben. Dabei entfielen auf den PAN 143 Sitze (bisher 206), auf den PRD 71 Sitze (bisher 126) und auf den PRI 237 Sitze (bisher 106). Bei den kleinen Parteien erreichten die Grünen 22 (bisher 17) und die Lehrerpartei Nueva Alianza (PANAL) acht (neun) Mandate. Die von Andrés Manuel López Obrador unterstützten Parteien PT und Convergencia erzielten 13 (elf) bzw. sechs (fünf) Mandate, wobei der kleine Zuwachs ganz offenkundig zu Lasten des PRD geht. Der sozialdemokratische PSD musste interne Führungskämpfe nach den Wahlen 2006 teuer bezahlen – seine Präsidentschaftskandidatin Patricia Mercado verließ die Partei. Statt 18 Sitzen vor drei Jahren ist der PSD nun nicht mehr im Parlament vertreten und verlor seine Registrierung als Partei, für die es mindestens zwei Prozent der Wählerstimmen bedurft hätte. Zwei Kandidaten waren im Jahr 2006 über andere Listen ins Parlament gelangt.

Bereits mit dem Näherrücken des Wahltages zeichnete sich ein Trend hin zum PRI ab. Alle Umfragen hatten dabei schon in den Monaten vor der Entscheidung ihren klaren Vorsprung prognostiziert, ebenso Verluste beim PAN und einen Einbruch

Bei den mexikanischen Parlamentswahlen hat sich die jahrzehntelang regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) eindrucksvoll zurückgemeldet und ist mit deutlichem Abstand stärkste Partei geworden. Die Partei der nationalen Aktion (PAN) von Präsident Felipe Calderón fiel mit deutlichen Verlusten auf den zweiten Platz zurück, die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) wurde abgeschlagen Dritte.

beim PRD. So kam es dann auch. Auch bestätigte sich die Erwartung, dass sich national erhobene Umfragezahlen bei solchen Zwischenwahlen, bei denen die Wahlbeteiligung nur knapp über 40 Prozent liegt, nicht auf Mandate hochrechnen lassen. Auch werden 300 Abgeordnete in Direktwahlkreisen gewählt, 200 kommen über Listen, die so genannten *pluris*. Dabei spielt das „Händchen“ der Gouverneure mit ihrer Klientelpolitik eine ganz besondere Rolle – und hier ist der PRI nach wie vor unschlagbar. Ihm reichten jetzt 36,79 Prozent fast zur absoluten Mehrheit der Mandate – gemeinsam mit den 6,71 Prozent der verbündeten *Grünen* überspringt er diese Barriere deutlich, obwohl nur rund 42 Prozent der Mexikaner für diese beiden Parteien votierten. Der PAN kam letztlich auf 27,80 Prozent, der PRD auf 12,15 Prozent.

GERMÁN MARTÍNEZ TRITT ZURÜCK

Dem PAN ist es zudem nicht gelungen, bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurswahlen in sechs Bundesstaaten einen Positionsgewinn zu erzielen, im Gegenteil. Die Parteiführung hatte zwar gehofft, durch regionale Wahlerfolge das schlechte Bundesergebnis abzufedern, daraus allerdings wurde nichts. Die beiden bisher von der Partei gehaltenen Bundesstaaten Querétaro und San Luis Potosí gingen an den PRI verloren, in Colima Campeche und Nuevo León konnte man ebenfalls nicht punkten. Und der Sieg in Sonora ist einer Sondersituation zu verdanken, die mit dem allgemeinen politische Trend nicht zu erklären ist. Nicht nur national und regional, auch auf kommunaler Ebene verlor der PAN viele seiner bisherigen Hochburgen: Mit den Landeshauptstädten Guadalajara, Cuernavaca, Toluca und Querétaro gingen wichtige Bastionen verloren, ebenso im so genannten *blauen Gürtel* (blau ist die Farbe des PAN) um den Hauptstadtdistrikt. Immerhin konnte er erstmalig die Landeshauptstadt des Bundesstaates Campeche gewinnen.

Alles in allem war das Ergebnis so dramatisch, dass Parteichef Germán Martínez nach Rücksprache mit Präsident Felipe Calderón direkt seinen Rücktritt erklärte und die Verantwortung übernahm. Viele in der Partei hätten es gern gesehen, wenn ihm dabei der gesamte Parteivorstand gefolgt wäre. Ihre Befürchtung: Statt einer Generalkorrektur und einer schonungslosen Analyse der Lage könnte lediglich ein wiederum vom Präsidenten orchestrierter Wachwechsel erfolgen. Sie sehen sich nun bestätigt: Am 8. August ging mit dem frü-

heren persönlichen Sekretär Calderóns, César Nava, nur ein einziger Kandidat für die Martínez-Nachfolge ins Rennen. Er hatte schon bei der letzten Wahl kandidieren wollen, die interne Regie im Calderón-Lager allerdings hatte Germán Martínez den Vorzug gegeben.

Senator Santiago Creel, Mitbewerber Calderóns um die PAN-Nominierung vor 2006, distanzierte sich wie viele andere schon im Vorfeld vom Verfahren und erklärte, César Nava nicht wählen zu wollen. Mit anderen Senatoren und prominenten *panistas* bildete er einen regelrechten Block gegen die seiner Ansicht nach von oben diktierte Wahl Navas. Der Abgeordnete Gerardo Priego nannte die parteiinterne Wahl eine „Simulation“. Sein Amtskollege Javier Corral forderte vor der Abstimmung eine eingehende Analyse der Situation und eine Rückkehr der Partei zu ihren Prinzipien.

Creel hatte die Wahl vom 5. Juli als „schlimmste Niederlage in der Historie der Partei“ bezeichnet. Diese hat auch finanzielle Auswirkungen. So muss sich der neue Parteivorsitzende gleich mit dem Problem von 400 Millionen Pesos Schulden beschäftigen, die den PAN drücken und bei zurückgehender öffentlicher Finanzierung die Chancen für die zehn Gouverneurswahlen im Jahr 2010 und nicht zuletzt den Präsidentschaftswahlkampf 2012 nachhaltig beeinträchtigen.

Viel Kritik zieht auch Präsident Calderón selbst auf sich. Viele Parteifreunde verübeln ihm die Unterordnung der Partei unter seine Regierungsinteressen, Beobachter wie die Professorin Soledad Loaeza sehen dadurch die „Partei geschwächt und ihrer Autonomie verlustig gegangen.“ Nicht zuletzt die Zusammensetzung des Kabinetts, bei dem die persönliche Loyalität in verschiedenen Fällen mehr zu zählen scheint als die Kompetenz für das Amt, stößt vielen bitter auf. Kein Wunder, dass die Wahlniederlage da auch als persönliche Niederlage des Präsidenten interpretiert wird.

Viel Kritik zieht Präsident Calderón selbst auf sich. Viele Parteifreunde verübeln ihm die Unterordnung der Partei unter seine Regierungsinteressen.

Die regionalen Stimmenverteilungen reflektieren aber immer noch eine relative Stärke des PAN in den Bundesstaaten nördlich der Hauptstadt, im Süden allerdings dominiert jetzt flächendeckend der PRI. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 hatte der komplette Süden noch mehrheitlich für den PRD-Kandidaten López Obrador votiert. Klar unterrepräsen-

tiert sind einmal mehr die *indígenas*. Obwohl rund zehn Prozent der Bevölkerung zu dieser Gruppe gehören, machten sie unter den 3595 Kandidaten, die sich um einen Parlamentssitz beworben haben, gerade einmal 1,4 Prozent aus. Nur PRI und PRD haben zudem *indígena*-Kandidaten auf ihren Landeslisten, beim PAN gibt es lediglich drei Direktkandidaten in den Bundesstaaten Hidalgo und San Luis Potosí. Das Parteistatut des PRD verpflichtet ihn, eine *indígena*-Quote von zehn Prozent für Kandidaturen einzuhalten: entsprechend ist dort die Beteiligung mit acht Direkt- und zwanzig Listenkandidaten am höchsten.

EIN PREIS FÜR DEN VERSCHLEISS

Der PAN zahlte ganz augenscheinlich einen gewissen Preis für den Verschleiß in der inzwischen fast zehnjährigen Regierungszeit, in der er viele Erwartungen an Wandel und Transition nicht erfüllen konnte. Unterschiede zum PRI, den man im Jahr 2000 nach jahrzehntelanger Alleinherrschaft aus dem Präsidentensitz *Los Pinos* vertreiben konnte, schleifen sich in der Wahrnehmung der Menschen ab. Dass PAN-Politiker dabei ähnlich negativ gesehen werden wie ihre Amtskollegen von PRI und PRD muss gerade eine Partei erschüttern, die lange von ihrem Status als „moralische Reserve“ des Landes gelebt hat. Innerparteilich kamen heftige Streitigkeiten hinzu, etwa über die Art der Kandidatenaufstellung und die Beziehung von Partei und Regierung.

In fast zwei Dritteln aller Kandidaturen hatte sich der nationale Parteivorstand eine Nominierung vorbehalten, die endmündigte Basis nahm dies mit deutlichem Missvergnügen zur Kenntnis.

In fast zwei Dritteln aller Kandidaturen hatte sich der nationale Parteivorstand eine Nominierung vorbehalten, die endmündigte Basis nahm dies mit deutlichem Missvergnügen zur Kenntnis und ging nicht mit dem Enthusiasmus in den Wahlkampf, der die PAN-Anhänger früher ausgezeichnet hatte. Als Minimalziel für die Wahl hatte

Parteivorsitzender Germán Martínez Cázares noch vier Tage vor der Wahl eine relative Mehrheit im Abgeordnetenhaus und drei der sechs zur Wahl stehenden Gouverneursposten ausgegeben.

Der PRI kann mit seinem Ergebnis mehr als zufrieden sein. Nach dem Wahldesaster im Jahr 2006 hatte er sich schon bei vergangenen Regionalwahlen eindrucksvoll zurückgemeldet, jetzt rückte er auch im Abgeordnetenhaus wieder vom dritten auf den ersten Platz. Ausgezahlt hat sich ganz eindeutig der Versuch, sich in der Mitte zwischen PAN und PRD zu po-

sitionieren, bereit zur Zusammenarbeit mit der Regierung und einer Fundamentalopposition a la López Obrador abhold, aber mit deutlicher eigener Handschrift und zu einem hohen politischen Preis für den Präsidenten. Dabei profitierten ganz besonders die Gouverneure des PRI, die jetzt mit prall gefüllten Kriegskassen auf je eigene Art in den Wahlkampf eingriffen. Dabei ging es nicht zuletzt auch schon um die Frage, wer als besonders aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat für 2012 in die Startlöcher geht. Hier hat besonders der „Favorit der öffentlichen Meinung“, der Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto, eindrucksvoll gepunktet.

Auf der Linken war die Zersplitterung einmal mehr beachtlich und schädigte ihr Ansehen in den Augen des Wahlvolkes. Der ganze Vorwahlkampf und die Wahlauseinandersetzung selbst wurde begleitet von Scharmützeln innerhalb des PRD – die verschiedenen *tribus* gelangten nach der hoch umstrittenen Vorsitzendenwahl kaum zu einem glaubwürdigen Burgfrieden – und durch klare Bekenntnisse seines ehemaligen Spitzenkandidaten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der offen für die Kleinparteien PT und Convergencia in den Wahlkampf zog. Zwar unterstützte er partiell auch PRD-Kandidaten, der Bruch mit seiner aktuellen Parteiführung aber war unverkennbar. Eigentlich hätten die Parteistatuten ein solch schädliches Verhalten mit dem Ausschluss ahnden müssen, das allerdings traute sich offenbar niemand angesichts der ungebrochenen Popularität AMLOs bei einem beträchtlichen Teil der PRD-Anhänger.

All das trug dazu bei, dass der PRD an rund 30 Prozent der Wahlurnen nicht einmal mit eigenen Anhängern als Beobachtern vertreten war. In der neuen Parlamentsfraktion setzten sich die Flügelkämpfe gleich bei der Frage nach dem neuen Fraktionsvorsitzenden durch, wo Alejandro Encinas und Jorge Zambrano aufeinandertrafen. Auch der PRD wird zudem mit heftigen Finanzproblemen zu kämpfen haben. Mit einem Rückgang von bis zu einem Drittel rechnet man bei den staatlichen Zuwendungen, nachdem 540 000 Wähler, die noch 2003 für den PRD gestimmt hatten, ihm diesmal den Rücken kehrten. Die Parteiführung beschloss derweil, künftig einen „sozialdemokratischen Kurs“ einzuschlagen. Mit diesem Etikett schmückt sich allerdings auch der PRI, abgesehen von dem aus dem Parlament „gefallenen“ PSD.

Auch der PRD wird mit heftigen Finanzproblemen zu kämpfen haben.

WAHLENTHALTUNG GERINGER ALS BEFÜRCHTET

77643289 Mexikaner hätten am vergangenen 5. Juli bei der Parlamentswahl ihre Stimme abgeben und an eine der 140000 Wahlurnen treten können, nur rund 44 Prozent von ihnen taten dies auch. Dies liegt allerdings im Trend. Schon zurückliegende Zwischenwahlen hatten sich durch eine starke Zurückhaltung der Wähler ausgezeichnet: bei der letzten Gelegenheit im Jahre 2003 hatten nur 41,68 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Bei den Jungwählern zwischen 18 und 29 Jahren gingen 2003 sogar nur 31 Prozent zu den Urnen. Davor allerdings waren die Wahlbürger deutlich zahlreicher: bei der Zwischenwahl 1997 gingen 57,69 Prozent von ihnen zur Wahl, 1991 waren es sogar noch 65,97 Prozent gewesen.

Diese Zahlen relativieren gleichwohl die Sorgen, die zum Thema Stimmenthaltung im Vorfeld des Urnengangs verbreitet waren. Zwischenwahlen, bei denen es nicht um die Besetzung exekutiver Ämter geht und die Kandidaten meist wenig bekannt sind, motivieren ungleich weniger zur Stimmabgabe als Entscheidungen alle sechs Jahre, bei denen in Mexiko parallel der Präsident und der Senat neu gewählt werden. Dem entspricht zudem eine geringe Kenntnis der Bürger über legislative Zusammenhänge. Nur sechs Prozent von ihnen konnten, so eine Umfrage des Instituts *Parametría*, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten richtig angeben, nur vier Prozent wussten, über wie viele Mitglieder der Senat verfügt. Und Roy Campos vom Umfrageinstitut *Mitofsky* stellt fest: „Diese Wahl ist nicht von Persönlichkeiten, sondern von Parteien geprägt.“

Das Thema Wahlabstinenz rückte vor allem in den letzten Wochen der Auseinandersetzung in den Vordergrund der Berichterstattung. Zahlreiche prominente Kommentatoren machen sich für ein so genanntes *voto en blanco* stark – eine Beteiligung an der Wahl, aber unter Abgabe ungültiger Stimmzettel. Nicht nur im akademischen Bereich kam diese Debatte über die Qualität der Demokratie und ihre Entwicklung gerade seit dem Jahr 2000 im Gang. Angesehene Wissenschaftler wie die COLMEX-Professorin Soledad Loeza sprechen bereits von einer „Regression“. Der Staat sei kaum in der Lage, für die Einhaltung der beschlossenen Gesetze zu sorgen, die Wahlrechtsreform von 2007 habe „großen

Die Wahlrechtsreform von 2007 habe „großen Schaden“ angerichtet und nicht nur die Autorität der Wahlbehörde IFE unterminiert.

Schaden“ angerichtet und nicht nur die Autorität der Wahlbehörde IFE unterminiert. Es gebe einen weit verbreiteten Vertrauensverlust hinsichtlich der Politik, den die Politiker selbst verschuldet hätten: „Ein guter Teil von ihnen ist einfach nicht zu verteidigen“, sagte Loaeza bei einer Buchpräsentation.

Für manche schien die Wahlenthaltung durch die Abgabe „weißer“ bzw. ungültiger Stimmzettel als „letzter Möglichkeit“ gegen die Parteienherrschaft, so etwa für die bekannte Journalistin Lydia Cacho. Sie fanden Unterstützung etwa beim Unternehmer Alejandro Martí – die Entführung und Ermordung seines Sohnes hatte vor genau einem Jahr zu massiven Straßenprotesten und politischen Vereinbarungen zur Verbrechensbekämpfung in Mexiko geführt. Martí rief nun zum *voto en blanco* als Zeichen dafür auf, dass man von den Kandidaten eine klare Verpflichtung auf mehr Sicherheit verlange. Von der mangelnden Umsetzung der seinerzeitigen Verpflichtungen hatten sich Opferorganisationen zuvor enttäuscht gezeigt.

ÄRGER ÜBER DIE BELIEBIGKEIT

Auch scheint das Bombardement von Hörfunk- und Fernsehspots, das das Wahlinstitut IFE und die Parteien auf die Bürger niedergehen lassen, eher konträre Effekte gezeigt zu haben, wie etwa Sergio Sarmiento während des Wahlkampfes in *Reforma* schreibt: „Die Millionen Spots [...] haben mich in einer Weise ermüdet, dass ich das erste Mal darüber nachdenke, nicht zu wählen.“ Bereits zuvor hatte der angesehene Kommentator an gleicher Stelle bemerkt: „Angesichts dieser Heuchelei, der Kosten und der Korruption erscheint es logisch, auf die Stimmabgabe zu verzichten. Millionen Mexikaner werden sich so verhalten. Das Problem ist, dass diese Enthaltung den Triumph von Parteien ermöglicht, die die größte Fähigkeit und das meiste Geld haben, ihre Anhänger an die Urnen zu karren, zumal sie die Hauptinteressenten sind, dass die aktuelle Kloake nicht austrocknet.“

Einmal mehr war zuvor auch der Versuch zweier Bürger gescheitert, sich als unabhängige Kandidaten für die Parlamentswahlen registrieren zu lassen. Die Hauptstadt-Kammer des Wahlgerichts ließ den Antrag mit Hinweis darauf, dass Kandidaten nur über Parteien registriert werden könnten, nicht zu. Eine entsprechende Auseinandersetzung hatte im Falle des ehemaligen Außenministers Jorge Castañeda – er

wollte 2006 als unabhängiger Kandidat zu den Präsidentschaftswahlen antreten und war abgewiesen worden – bis vor interamerikanische Menschenrechtsinstitutionen geführt. Dieses Parteienprivileg ist nicht zuletzt einer der Gründe für die relative Stabilität des mexikanischen Parteiensystems und limitiert elektorale Unmutsäußerungen der Bevölkerung eindeutig.

Speziell die Partei Nueva Alianza diente sich – je nach Bedarf – PRI oder PAN an. Im linken Lager traten PRD, PT und Convergencia mal vereint und mal als erbitterte Gegner auf.

Die Orientierungslosigkeit vieler Wähler und ihr Eindruck von der Beliebigkeit der Wahlentscheidung wurden auch dadurch verstärkt, dass es regional zu sehr unterschiedlichen Bündnissen kam. Speziell die Partei Nueva Alianza diente sich – je nach Bedarf – PRI oder PAN an. Im linken Lager traten PRD, PT und Convergencia mal vereint und mal als erbitterte Gegner auf. Altbekannte Gewerkschaftsfunktionäre schlugen sich auf die Seite des „besten Angebots“ und der besten Listenplatzierung. Viele Kandidaten mussten sich im Wahlkampf unangenehme Fragen zur eigenen, zum Teil undurchsichtigen Vergangenheit stellen lassen. Bei keiner Partei hatten die Bürger den Eindruck, hier seien wirklich die besten Optionen auf den Kandidatenlisten verwirklicht worden.

Gleichwohl halten 74 Prozent der Mexikaner laut einer am 24. Juni von der Zeitung *Reforma* veröffentlichten Repräsentativumfrage die Parteien für nötig. 69 Prozent sagten, die effektivste Aktion für den Bürger, seine Meinung zu äußern, sei, am 5. Juli wählen zu gehen – das voto en blanco lehnen 74 Prozent als „nicht effektiv“ ab. Unterschiede zwischen den Parteien sehen allerdings nur 51 Prozent der Befragten, 48 Prozent können diese nicht erkennen. Erschreckend für die Parteien. 79 Prozent der Bürger sagen, sie agierten nur im Eigeninteresse, nur zwölf Prozent glauben, sie hätten das Wohl der Bürger im Auge, die sie repräsentieren sollen. Ebenfalls 79 Prozent der Bürger sehen sich von keiner Partei repräsentiert – unter denen, die eine ungültige Stimme ankündigten, waren es sogar 87 Prozent.

WAHLRECHT: VOR DER REFORM DER REFORM?

Hoffnungen auf die 2007 nach den Erfahrungen der Präsidentschaftswahl 2006 reformierte Wahlgesetzgebung erfüllten sich nicht. Eine überaus unglückliche Rolle spielten zudem das nationale Wahlinstitut IFE und seine Auslegung der neu-

en Regeln. Mitten hinein in den Vorwahlkampf kam ein Glaubwürdigkeitsproblem der Behörde: unter Berufung auf Rechtsgrundlagen, die ihnen eine Gleichstellung bei der Bezahlung mit den Richtern des Obersten Gerichts garantieren, versuchten die IFE-*consejeros*, eine Verdoppelung ihrer Gehälter durchzusetzen. Erst auf massiven Druck einer von Wirtschaftssorgen gebeutelten Bevölkerung und einer geradezu feindlichen öffentlichen Meinung ließen sie – bis auf Weiteres? – von diesem Vorhaben ab. Der Image- und Glaubwürdigkeitschaden allerdings blieb. Obwohl noch fast die Hälfte der Mexikaner in Umfragen die Arbeit des IFE als gut oder eher gut bezeichnet, ist das Institut von den Höhen der Zustimmung und Glaubwürdigkeit, die es unter seinem früheren Leiter José Woldenberg um das Jahr 2000 herum erreichte, mittlerweile weit entfernt. Die *consejeros* allerdings feierten schon den mehr oder weniger reibungslosen Ablauf der Wahlen als eine Art „Wiedergeburt“.

Unter Berufung auf Rechtsgrundlagen, die ihnen eine Gleichstellung bei der Bezahlung mit den Richtern des Obersten Gerichts garantieren, versuchten die IFE-*consejeros*, eine Verdoppelung ihrer Gehälter durchzusetzen.

Da die Wahlgesetzgebung so genannte „Negativkampagnen“ verbietet und das IFE dabei als Entscheidungsinstanz installiert wurde, konnten die Mexikaner fast täglich Zeugen von Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen der Parteien werden. Das Wahlinstitut reagierte dann meist mit der Aufforderung, die inkriminierte Werbung abzusetzen, und in zahlreichen Fällen mit Geldstrafen. Über deren Höhe wurde dann meist zäh nachverhandelt – alles in allem ein Schauspiel, dass die Beteiligungsbereitschaft der Bürger nicht eben erhöht haben dürfte. Seltsam ausgelegten Gleichbehandlungsregeln fiel zudem ein „Duell“ zum Opfer, zu dem sich die Vorsitzenden von PAN und PRI – unmittelbare Gegner in einem heftigen Wahlkampfschlagabtausch – verabreden wollten. Kein Fernsehkanal aber traute sich, so etwas zu übertragen, aus Angst vor Klagen kleiner Parteien, die sich beim IFE auf den Gleichheitsgrundsatz und Ausgewogenheitspflicht bei der Medienberichterstattung beriefen. Immerhin kam es dann am 25. Juni in den Studios von Televisa doch noch zu einer Debatte der beiden, unter Einschluss des Vorsitzenden des PRD, Jesús Ortega.

Kontrovers ist auch die neue Regelung, dass Private keine politische Fernsehwerbung mehr buchen dürfen – eine Antwort auf Einmischungen des Unternehmerssektors in den Wahlkampf 2006. Gleichwohl fragen sich viele Bürger, warum die

Schwierigkeiten hat das IFE, alle seine Regelungen auch wirksam auf ihre Einhaltung zu kontrollieren.

Parteien sie mit Millionen von Spots überschwemmen dürfen, es ihnen und ihren Initiativen aber gleichzeitig verwehrt sein soll, die eigene Meinung auf gleichem Wege zu verbreiten. Schwierigkeiten hat das IFE zudem, alle seine Regelungen auch wirksam auf ihre Einhaltung zu kontrollieren. So sind zwar Obergrenzen für die Wahlkampfkosten der Kandidaten auf verschiedenen Ebenen festgelegt, gerade aber bei der Fernsehwerbung ist nicht immer klar, wo es sich um bezahlten Sendeplatz – deren Kauf ist den Kandidaten verboten und allein dem IFE vorbehalten – oder um das redaktionell veranlasste Auftauchen von ihnen in den Programmen oder Programmzeitschriften handelt: oft drängt sich der Eindruck verdeckter Finanzierung oder mindestens interessengeleiteter Gunstbeweise seitens der Medien geradezu auf. Beweise allerdings sind kaum zu erbringen.

Derweil zeigten sich die Parteienvertreter im Senat offen für eine Revision des aktuellen Wahlrechts, inklusive der Frage unabhängiger Kandidaturen. Allerdings lässt der Wunsch, speziell Kampagnen im Internet in die Regulierung einzubeziehen, wenig Gutes erwarten. Auch müssten die Parteien nach Ansicht von Wahlrechtsexperten wie John Ackerman vom Instituto de Investigaciones Jurídicas der UNAM erst einmal über ihre Besetzungspraktiken beim IFE und beim Obersten Wahlgericht TEPJF nachdenken. Die aktuellen Mitglieder dieser Institutionen seien ihren durch das Wahlrecht deutlich erweiterten Aufgaben augenscheinlich nicht gewachsen.

KRITIKPUNKT KOSTEN

Internationale Experten weisen einmal mehr darauf hin, dass das mexikanische Wahlsystem zu den teuersten der Welt gehört. Die Aufwendungen der öffentlichen Hand je Stimmberechtigten, so etwa der Experte des IFES (Fundaciones Internacionales Electorales para Sistemas), Horacio Boneo, sei in Mexiko achtzehn Mal höher als im lateinamerikanischen Durchschnitt. Nach seinen Angaben wendet der mexikanische Staat aktuell 17,24 Dollar pro Stimme auf, in Costa Rica, dem nächstfolgenden Land sind es 8,35 Dollar, in Brasilien zum Beispiel aber nur 29 Dollarcent. Ein wesentlicher Bestandteil sei die Art der öffentlichen Parteienfinanzierung, bei der dreißig Prozent unabhängig vom Wahlerfolg einer Partei gleichmäßig verteilt würden, ein Unikum!

12 180,7 Millionen Pesos kostet die Mexikaner im laufenden Jahr der Unterhalt der Wahlbehörde IFE und die Zuwendung an die Parteien – hinzu kommen mehrere Milliarden Pesos für den Unterhalt der Wahlinstitute und der Wahlgerichtsbarkeit auf der nachgeordneten Ebene jedes einzelnen Bundesstaates: Und das alles, obwohl durch den Verzicht auf den Kauf von Fernseh- und Hörfunkwerbung seitens der Parteien – neuerdings wird die Sendezeit vom IFE zugeteilt und zentral beschafft, Parteien müssen ihre Spots über das Institut einreichen – der Wahlkampf eigentlich hätte billiger werden sollen.

Kritisiert wird von vielen Beobachtern einmal mehr die generöse Parteienfinanzierung, die sich etwa an den Direktzuwendungen zeigt, die die Parteien an ihre Kandidaten weiterleiten. So erhielt jeder Kandidat des PAN für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von seiner Partei einen Zuschuss von 400 000 Pesos (Verhältnis Peso : Euro derzeit etwa 18 : 1). Beim PRD waren es 200 000 Pesos. Den Gesamtetat für die Wahlen beziffert allein diese Partei auf 186,9 Millionen Pesos, rund 20 Millionen Euro. Das Wahlinstitut IFE hat seinerseits einen Maximalbetrag pro Kandidaten von 812 680 fixiert. Das jetzige Wahlergebnis hat zudem bereits Bedeutung für den Urnengang 2012: auf seiner Basis werden nämlich die zukünftigen Zuwendungen an die Parteien entschieden und damit die Frage, wie prall gefüllt die Wahlkampfkasse demnächst aussehen wird.

Jeder Kandidat des PAN für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus erhielt von seiner Partei einen Zuschuss von 400 000 Pesos (Verhältnis Peso : Euro derzeit etwa 18 : 1).

SICHERHEIT UND WIRTSCHAFT – DIE ZENTRALEN THEMEN DER BÜRGER ...

Zwei große Themenblöcke waren es, die die mexikanischen Wähler vor allem beschäftigten und an denen sie vornehmlich ihr Wahlverhalten orientiert haben dürften: Wirtschaft und Sicherheit. Angesichts der kritischen Wirtschaftslage des Landes waren nicht zuletzt viele Umfrageforscher zu dem Ergebnis gekommen, das Wirtschaftsthema sei auf der Präferenzliste der Wähler durch nichts zu toppen. Ihre Umfragen hatten allerdings auch ergeben, dass es hier analog zu sozialen Schichtungen Unterschiede gibt: Während insbesondere die Mittelschicht in den großen Städten der Sicherheitsfrage noch höhere Priorität zumisst – man denke an die gewaltigen Proteste des vergangenen Jahres nach der Entführung und Ermordung des Sohn des Unternehmers Alejandro Martí –

scheint es in der Unterschicht vorwiegend das Thema Arbeitsplätze und wirtschaftliche Zukunftsängste zu geben. In den Wahlprogrammen der Parteien hatten Wirtschaftsthemen durchgängig den meisten Raum eingenommen – in wirklichen Lösungsvorschlägen schlug sich dies im Wahlkampf kaum nieder.

Bei den Wirtschaftsproblemen ist die Regierung Calderón in einer schwierigen Lage: zwar kann sie mit Fug und Recht darauf hinweisen, am Ausbruch der Krise nicht schuld gewesen zu sein und zudem durch gute makroökonomische Steuerung Schlimmeres zu verhindern, gleichwohl sind deutlich steigende Arbeitslosenzahlen kein Aushängeschild für den „Präsidenten der Arbeit“, wie er sich in seiner Kampagne 2006 dargestellt hatte. Die Krise legt zudem schonungslos offen, wie dringend Mexiko weitere Strukturreformen braucht. Seine starke Abhängigkeit von den Öleinnahmen des staatlichen Energieriesen PEMEX – sie stehen für rund 40 Prozent des mexikanischen Staatshaushaltes – macht Mexiko verwundbar, liegt doch die Steuerquote im

Die Öleinnahmen des staatlichen Energieriesen PEMEX stehen für rund 40 Prozent des mexikanischen Staatshaushaltes.

Land gerade einmal bei rund zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukt, ein negativer Spitzenwert innerhalb der OECD-Staaten. Zudem geht die Ölförderung zurück, neue Erschließungen werden nicht hinreichend schnell vorgenommen und bedürften deutlich höherer Investitionen und internationaler Partnerschaften, die auch von der jüngsten Energiereform nicht nachhaltig gefördert werden.

Deutliche Defizite hat Mexiko auch bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, zumal sein Bildungswesen gerade im Primar- und Sekundarschulbereich in einem katastrophalen Zustand ist. Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind im internationalen Vergleich unterentwickelt. Neue Wettbewerber machen Mexiko derweil traditionelle Absatzmärkte mit Erfolg streitig, besonders in den USA.

Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird noch dadurch verstärkt, dass sich die Migrationsströme in den Norden deutlich verringert haben und es sogar Rückwanderungstendenzen gibt: auch der Arbeitsmarkt der USA ist derzeit nämlich nicht in der Lage, Arbeitskraft aus dem Süden zu integrieren. Die verschlechterte Situation der in den USA lebenden Mexikaner beeinträchtigt zudem die Überweisungen in die Heimat, die so genannten *remesas*, negativ. Sie, die nach dem Erdöl der

zweitwichtigste Devisenbringer des Landes sind, gehen im laufenden Jahr zweistellig zurück.

Wenig besser geht es derzeit auch dem für Mexiko wichtigen Tourismussektor, der – vom veränderten Image des Landes und der Wirtschaftskrise ohnehin schon angeschlagen – von der so genannten „Schweinegrippe“ einen weiteren schweren Schlag versetzt bekam. Sie ist mittlerweile etwas in den Hintergrund getreten, legte aber in den Vorwahlmonaten so manche Initiative lahm. Auf den Prüfstand kam dafür das Krisenmanagement der Regierenden. Dabei waren die Bürger mit Präsident Calderón und seinem Gesundheitsminister offenbar zufrieden: gerade letzterer hatte – nach kommunikativen Anfangsschwierigkeiten – unaufgeregt aber bestimmt immer wieder den direkten Kontakt zur Bevölkerung gesucht und die teils drastischen Maßnahmen glaubwürdig „verkauft“. Heftige Reaktionen aus dem Ausland – zahlreiche „Bruderländer“, allen voran Kuba, hatten etwa Flugverbindungen nach Mexiko gekappt – schweißten die Mexikaner eher zusammen und vereinten sie hinter ihrer Führung in dem starken Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein.

An der Sicherheitsfront kämpft der mexikanische Staat weiterhin verbissen darum, das organisierte Verbrechen zurückzudrängen. Einige spektakuläre Verhaftungen von Kartell-Bossen und beeindruckende Drogenfunde zeigen Erfolge, gleichzeitig aber bleibt der Blutzoll hoch. Ermittlungen belegen immer wieder, wie tief der *narcotráfico* in der Gesellschaft verankert ist und wie seine ökonomische Macht das soziale Gefüge zersetzt. Immer wieder sind es gerade Polizisten, Justizangehörige oder Politiker, die als Kollaborateure auffallen und sich als korruptionsanfällig erweisen. Die Bevölkerung unterstützt nach wie vor mit Mehrheit den Anti-Drogenkurs der Regierung bis hin zum massiven Militäreinsatz – unendlich aber dürfte ihre Geduld nicht sein.

Ermittlungen belegen immer wieder, wie tief der *narcotráfico* in der Gesellschaft verankert ist und wie seine ökonomische Macht das soziale Gefüge zersetzt.

Ein besonderer Moment entstand während des Wahlkampfes, als Einheiten der Bundespolizei im Mai im Bundesstaat Michoacan – er wird von der PRD regiert und weist eine hohe *Narco*-Anfälligkeit speziell über das Kartell La Familia auf – gleich zehn Bürgermeister und zahlreiche hohe Funktionäre wegen Verbindungen zum organisierten Verbrechen festnahmen. Der Gouverneur, Leonel Godoy, wurde davon völlig

überrascht, was Spekulationen nach einem politischen Hintergrund der Festnahmen nährte. Betroffen waren Amtsträger aller drei großen Parteien – mit einem klaren Übergewicht allerdings auf Seiten des PRI. Dass hier sofort eine „schwarze Hand“ der Unterstützung für den PAN-Wahlkampf vermutet wurde, liegt auf der Hand. Umgekehrt verteidigte sich Innenminister Gomez Montt mit der Frage, ob man denn die Verbrechensbekämpfung für die Zeit des Wahlkampfes einstellen solle.

... UND DIE REAKTION VON PAN UND PRI

Hier setzte der PAN an. Mit einem klaren Angriffswahlkampf gegen den Hauptwettbewerber, den PRI, suchte er in diesem Wahlkampf sein Heil. Im Mittelpunkt stand dabei der engagierte Anti-Drogenkampf von Präsident Felipe Calderón und sein massiver Einsatz gegen das organisierte Verbrechen. Dieser wurde in fast allen PAN-*Spots* thematisiert und mit direkten Angriffen auf den jahrzehntelang verantwortlichen PRI flankiert, speziell in den Reden und Stellungnahmen von Parteichef Germán Martínez. Auch die Figur des Präsidenten wurde dabei – zum Zorn der Wettbewerber – indirekt immer wieder ins Spiel gebracht. Ihn durch eine Stimme für den PAN zu unterstützen, forderte nicht zuletzt *testimonials* von Prominenten. Fast schon wirkte es so, als wolle der PAN diese Wahlen zu einem Plebiszit über die Politik des Präsidenten gegen das organisierte Verbrechen machen. Konsequenterweise machte sie damit das eigene Thema zum Gegenstand der Kampagne, bei dem sie in den Augen der Öffentlichkeit weitgehend eine gute Figur macht.

Auch gelang es Calderón über die Dauer des Wahlkampfes, die Wirtschaftskrise nicht zum zentralen Gesprächsthema werden zu lassen.

Auch gelang es ihm über die Dauer des Wahlkampfes, die Wirtschaftskrise nicht zum zentralen Gesprächsthema werden zu lassen. Sie spielte nur in soweit eine Rolle, als der PAN in verschiedenen *spots* auf deren globalen Charakter und die entsprechende „Unschuld“ der mexikanischen Regierung an ihrer Entstehung hinwies – im Gegensatz zu früheren, hausgemachten Krisen. So versuchte man auch, Angriffe des PRI auf dem Feld der Wirtschaftspolitik in Grenzen zu halten – immerhin waren es PRI-Präsidenten, die in der Verschuldungs- und der Tequila-Krise Verantwortung trugen. Allerdings wird – nach fast zehn Jahren PAN-Präsidentschaft in Mexiko – das Argument mit der „Erblast“ des PRI schwächer, als wenn sich trefflich darüber streiten lässt, ob

im Land schon eine wirkliche Transformation stattgefunden hat. Das positive Image des Präsidenten dürfte die Opposition darüber hinaus davon abgehalten haben, ihn als selbsternannten „Präsidenten der Arbeitsplätze“ – so sein Slogan 2006 – stärker mit den aktuell relevanten Zahlen des mexikanischen Arbeitsmarktes zu konfrontieren. Noch im Vorwahlkampf hatte der PAN zudem auf die Sozialleistungen der Regierung abgehoben – flankiert von entsprechenden „Leistungssports“ der entsprechenden Ministerien.

Der PRI versuchte, die PAN-Kampagne als Ablenkungsmanöver von den wirklichen Problemen des Landes zu demaskieren und warf ihr im praktischen Regierungshandeln Dilettantismus vor. In den letzten beiden Wahlkampfwochen kamen *Angriffssports* dazu, die negative Wirtschaftszahlen in den Vordergrund stellten. Die klare Absicht: sich als die Alternative zu präsentieren, die in schwierigen Zeiten weiß, wie man regiert. Offenkundig ein Drahtseilakt – sind doch die Erfahrungen mit dem PRI in zurückliegenden Zeiten noch vielen Mexikanern gegenwärtig. Auch konnte die Partei diesen Ansatz nicht gerade mit neuen Gesichtern untermauern: auf den Listen tummeln sich nicht zuletzt altbekannte Funktionäre aus Staat und Gewerkschaft, aber auch – wie in allen Lagern – zahlreiche Familienangehörige von „PRI-Dinosauriern“.

So wurde der PRI auch im Wahlkampf immer wieder von seiner Vergangenheit eingeholt. Einen heftigen Schlag versetzte seiner Glaubwürdigkeit ein Interview der bekannten Journalistin Carmen Aristegui mit dem ehemaligen Staatschef Miguel de la Madrid. Dieser warf darin seinem Nachfolger, Carlos Salinas de Gortari, schwerste Korruption und Narco-Verbindungen vor. Da nützte es wenig, dass er – mit Hinweis auf seinen Gesundheitszustand – tags darauf mit halbseitigen Zeitungsanzeigen zurückruderte. Der Schaden für die Partei war angerichtet, auch wenn die Anschuldigungen an sich nicht neu sind.

Zu ihnen gesellte sich fast gleichzeitig das Buch des argentinischstämmigen Unternehmers Carlos Ahumada, *Derecho a Replica*. Darin schildert dieser ein Komplott im Wahlkampf 2006 gegen den Links-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador und identifiziert als zentrale Beteiligte den Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari, aber auch die PAN-Politiker Diego Fernandez de Cevallos und Ex-Präsident Vicente Fox. Salinas

Ein Komplott im Wahlkampf 2006 gegen den Links-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador.

habe belastetende Korruptionsvideos über einen engen Mitarbeiter des damaligen Hauptstadtbürgermeisters Andrés Manuel López Obrador gekauft – allerdings dafür „nur“ 35 Millionen Pesos statt der versprochenen 400 Millionen bezahlt – und dem PAN via Fernandez und Fox als Wahlkampfmaterial überlassen, als Gegenleistung für Haftverschonung seines Bruders Raúl. Zu dieser kam es dann nicht – allerdings brachten auch mittlerweile 13 Jahre dauernde Ermittlungen nicht eindeutig an den Tag, wie die Familie Salinas ihren enormen Reichtum anhäufen konnte. Das alles zusammengenommen allerdings hat dem PRI diesmal nicht wirklich geschadet.

DAS ANGEBOT DER KLEINEREN

Die Linkspartei PRD versuchte – in einer allerdings vielfach improvisiert und unkoordiniert wirkenden Kampagne – soziale Themen und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt zu stellen, unter dem Motto: „Retten wir Mexiko“. Hier hoffte sie augenscheinlich vor allem auf die Stimmen der sozial Benachteiligten, ganz im Sinne des Wahlkampflogos von 2006: „Primero los pobres“ (Zuerst die Armen). Ihre einstigen Bündnispartner PT und Convergencia setzten auf *testimonials* von Andrés Manuel López Obrador und ließen dessen „Projekt“ hochleben, begleitet von der Aussage: „Mit López Obrador wären wir besser dran“ (Estaríamos mejor, con López Obrador). Gleichwohl zündeten die verschiedenen Vorschläge – eine Offensive zum Kauf einheimischer Produkte, Erhöhung des Mindestlohnes, Hilfen für Klein- und mittelständische Unternehmen, Ausweitung der Sozialleistungen für Arbeitslose – nicht wirklich.

Augenfällig war die Wahlkampagne der Grünen, die aggressiv und populistisch für die Einführung der Todesstrafe für „Mörder und Entführer“ warben und mit der Angst der Menschen spielten. Dies flankierten sie mit einer Kampagne für besseren Zugang der Bevölkerung zu Arzneimitteln und Allerwelts-

forderungen wie „mehr Computertraining und Englisch“ in den Schulen. Für viele Beobachter irritierend war die hohe Zahl von Kandidaten der Grünen, die auf die eine oder andere Weise beruflich oder familiär mit dem Medienimperium *Televisa* verbunden sind. In ihren Augen erklärt das auch die hohe Präsenz von grünen

Für viele Beobachter irritierend war die hohe Zahl von Kandidaten der Grünen, die auf die eine oder andere Weise beruflich oder familiär mit dem Medienimperium *Televisa* verbunden sind.

Themen während des Wahlkampfes in den Medien, und zwar nicht nur in den Informationsprogrammen. Aus *Televisa*-Pro-

grammen bekannte Showgrößen traten auch in Grünen-Spots als Akteure auf (Maite Perroni und Raúl Araiza). Jorge Alcocer von der Fachzeitschrift *Voz y Voto* etwa kam zu dem Schluss: „Die *Grünen* haben sich in einen Familienbetrieb verwandelt, eigentlich waren sie das seit ihrem Ursprung, und heute versteigern sie ihre Kandidaturen an den Meistbietenden und verbinden sich in notorischer Weise mit den beiden Fernsehkonzernen, um bestehende Gesetze zu umgehen.“

Mit Bildungspolitik versuchte auch die Lehrerpartei PANAL zu punkten, die für massive Stipendienprogramme warb. Der sozialdemokratische PSD hingegen versuchte, seine Wähler etwa mit Kampagnen Pro-Abtreibung und zur Drogen-Liberalisierung zu mobilisieren – eine Rechnung, die entschieden nicht aufging.

SPOT-KAMPAGNE DER SUPERLATIVE

Schon vor Beginn war dieser Wahlkampf einer der medialen Superlative: 23 Millionen Werbespots in Hörfunk und Fernsehen „durften“ sich die Mexikaner landesweit anhören und – sehen, rund die Hälfte davon allerdings Wahlpromotionen des IFE. Das entspricht während der eigentlich verkürzten Wahlkampfzeit einem Durchschnitt von 128 400 Radio- und 105 000 Fernsehspots täglich. Von der Masse lässt sich allerdings nicht unbedingt auf hohe Kreativität der Parteien schließen – auch landeten viele Werbebeiträge als zu beanstanden bei den Wahlbehörden und –gerichten. Deren eigene Spots, oft mehrfach in den gleichen Werbeblock gestreut, hatten ebenfalls ihren Anteil daran, das Wahlvolk zu ermüden.

Am bekanntesten wurde da noch einer des PRD, in dem die siebenjährige „Marianita“ mit dem Parteivorsitzenden Jesús Ortega spricht. Auf *Facebook* hatte dies noch ein „beachtliches“ Nachspiel. Hier sammelten sich nämlich rund 150 000 *Internautas* unter dem Leitmotiv: „Ich hasse das Mädchen des PRD“. Mit teilweise rassistischen Parolen, dies ging bis zu Mordaufrufen, wurde hier blanker Hass deutlich – die Autorenschaft war dabei nicht immer eindeutig.

Überhaupt war das Internet – speziell angesichts der Einschränkungen für audiovisuelle Werbung durch die aktuelle Wahlgesetzgebung – ein Experimentierfeld für die Parteien

Auch viele aggressive Botschaften fanden sich jetzt – ganz im Stil des US-Wahlkampfes – auf Plattformen wie Facebook.

und ihre Versuche der Wählermobilisierung und Bindung. Auch viele aggressive Botschaften fanden sich jetzt – ganz im Stil des US-Wahlkampfes – auf Plattformen wie *Facebook*. Das IFE etwa versuchte im Mai, die Ausstrahlung eines *spots* auf *You Tube* zu verhindern, von dem sich der Gouverneur von Veracruz, Fidel Herrera (PRI) verunglimpft geführt hatte – vergeblich! *You Tube* strahlte das Filmchen gleichwohl nicht weiter aus. Später allerdings erklärte das Institut selbst, es habe keine Handhabe mit Blick auf das Internet. Schon werden aber Stimmen laut, dies durch Gesetzesreform in die Regulierungsgorgie der Wahlbehörden einzu binden – hier allerdings dürfte man sich schon rein technologisch, erste Beispiele zeigen das, die Zähne ausbeißen. Noch immer war die Internet-Community in ihrer Kreativität einen Schritt vor möglichen Kontrolleuren. Besser wäre es – nicht nur in der Internet-Frage – wenn auch in Mexiko ein größeres Vertrauen in die Selbstkontrolle und den mündigen Bürger einzöge. Ein Kuriosum war dann noch am Ende des Wahlkampfes zu besichtigen: Da vor den Wahlen eine gesetzlich verordnete dreitägige Wahlkampfruhe zu herrschen hat, wurden ab Donnerstag, dem 2. Juli, dann auch gleich die kompletten Angebote der Parteien auf ihren Internetseiten abgeschaltet (Vereinbarung CG 310/2009 des IFE)

Auch mit anderen – wesentlich umstritteneren – Instrumenten scheinen die Parteien experimentiert zu haben, z. B. den sogenannten *push polls*, bei denen über eine fingierte Umfrage Einfluss auf die Einschätzung von eigenen oder gegnerischen Kandidaten genommen werden soll. Ob und wenn ja welche Effekte durch solche Aktivitäten eintreten, ist allerdings gänzlich ungeklärt. Gleiches gilt für die Wirkung der zahllosen Umfragen, die auch diesmal wieder den Wahlprozess begleiteten. Dabei tummeln sich nach wie vor auch solche Institute auf dem Markt und in den Medien, die bei zurückliegenden Wahlen immer wieder – meist interessegeleitete – Fehleinschätzungen unter das Volk gebracht haben.

DIE REGIONALWAHLEN

Parallel zu den Parlamentswahlen konnten die Bürgerinnen und Bürger von sechs mexikanischen Bundesstaaten zudem über die Gouverneursposten ihres Landes und die Zusammensetzung der Regionalparlamente entscheiden. In einigen Bundesstaaten gab es darüber hinaus Kommunalwahlen. Bei

den Gouverneurswahlen lief es in allen Fällen auf unmittelbare Duelle zwischen PAN- und PRI-Kandidaten hinaus – die nationale dritte Kraft PRD war dort politisch meist irrelevant.

Bei der wichtigsten Regionalwahl im nördlichen Nuevo León hatte der PAN sich starke Hoffnungen gemacht, dem PRI den Gouverneursposten entreißen zu können. Lange hatten die beiden Spitzenkandidaten Kopf an Kopf gelegen. Von der nationalen Parteiführung war die Losung ausgegeben worden, ein schwaches Abschneiden bei den nationalen Parlamentswahlen könnte durch zusätzliche Gouverneursposten kompensiert werden. Entsprechend setzte sie – durch Entscheidung von oben und nicht per regionaler Mitgliederentscheidung – die Kandidatur von Senator Fernando Elizondo Barragán durch, der auf Rodrigo Medina de la Cruz vom PRI traf. Ein 60-Jähriger gegen einen 36-Jährigen, ein alteingesessener Politiker gegen einen Jungstar, der allerdings auch schon eine Karriere als nationaler Abgeordneter und Generalsekretär der Landesregierung vorweisen kann – für viele noch das stark nach einem „Effekt Peña Nieto“ wie im Bundesstaat Mexiko, wo sich dieser junge Gouverneur schnell öffentliche Aufmerksamkeit sicherte und vor allem für weibliche Wähler attraktiv ist. Diese Rechnung ist aufgegangen.

Von der nationalen Parteiführung war die Losung ausgegeben worden, ein schwaches Abschneiden bei den nationalen Parlamentswahlen könnte durch zusätzliche Gouverneursposten kompensiert werden.

Geholfen hat dem PRI aber auch ein schwerer Schlag, den der Bürgermeisterkandidat des PAN für die reichste Gemeinde Mexikos, San Pedro Garza García in der Nähe der Landeshauptstadt Monterrey, der eigenen Partei versetzte. Mauricio Fernández wurde nämlich bei Äußerungen ertappt, der hohe Sicherheitsstandard in seiner Gemeinde sei weniger der Effizienz der Polizei als Absprachen mit dem Drogenkartell der Beltrán Leiva zu verdanken. Damit druckkreuzte er das Mantra seines eigenen Parteivorsitzenden, der PAN verhandle nicht mit dem organisierten Verbrechen und die eigenen Kandidaten hätten dahin auch gar keine Verbindungen. Die Glaubwürdigkeit war erschüttert!

In Querétaro und San Luis Potosí hatte der PAN Gouverneursposten zu verteidigen. In beiden Fällen gelang dies nicht.

In Querétaro trat für sie der bisherige Bürgermeister der Landeshauptstadt, Manuel González Valle, an. Für den PRI kan-

didierete José Eduardo Calzada Roviroso, der zudem die Unterstützung der Lehrervereinigung PANAL genoss. Parallel wurden das Regionalparlament und die Bürgermeister der 18 Gemeinden des Landes neu bestimmt.

In San Luis Potosí stand PAN-Senator Alejandro Zapata Perogordo – unterstützt auch von Nueva Alianza – Fernando Toranzo Fernández vom PRI gegenüber, der seinerseits in einer Wahlallianz mit den Grünen und dem PSD verbunden war – ein Beispiel, das sich in zahlreichen Bundesstaaten in unterschiedlichsten Konstellationen wiederholte und eine gewisse Zufälligkeit aufwies.

In der Landeshauptstadt regiert der PAN ununterbrochen seit 1997.

Einen Paukenschlag zehn Tage vor der Wahl lieferte dort der PAN-Bürgermeister der Landeshauptstadt, Jorge Lozano Armengol, der nach 24-jähriger Mitgliedschaft aus der Partei austrat und ihr vorwarf, „die innerparteiliche Demokratie durch Kazikentum“ abgelöst zu haben. In der Landeshauptstadt regiert der PAN ununterbrochen seit 1997. Mit einer ähnlichen Begründung verabschiedete sich dann auch noch – vier Tage vor der Wahl – der PAN-Senator Eugenio Govea aus seiner Partei und kündigte an, den PRI zu unterstützen. Unter Germán Martínez habe der PAN seine Richtung verloren und sei nur noch eine „plumpe Kopie dessen, was er einmal war und was er sein sollte“.

In Sonora, wo der PRI mit Eduardo Bours über einen populären Gouverneur verfügt, hatte sich der PAN zunächst wenig Siegeschancen ausgerechnet. Das Duell zwischen Alfonso Elías Serrano (Wahlallianz PRI-PANAL-Grüne) und Guillermo Padrés Elías (PAN) war zudem ein innerfamiliäres zwischen zwei Cousins, sind doch beide Kandidaten weitläufig verwandt und nicht zum ersten Mal gegeneinander angetreten, allerdings für andere Funktionen.

Dann allerdings kam es zur Tragödie der Kindertagesstätte ABC, bei der 48 Kinder durch einen Brand ums Leben kamen. Schnell stellte sich heraus, dass es um die Sicherheitsstandards nicht gut bestellt war und Familienangehörige einflussreicher PRI-Politiker zu den Besitzern gehörten. Die Wut der Bevölkerung war beträchtlich und richtete sich nicht zuletzt gegen die Landesregierung. Diese wurde dann noch vom nationalen Versicherungsinstitut IMSS verklagt – für den Gouverneur von Sonora eine klare Manipulation des Wahlkamp-

fes durch Präsident Felipe Calderón. Laut Bours wurde damit zusätzlich nur versucht, die Verantwortlichkeiten von Führungspersönlichkeiten des IMSS zu verschleiern. Für das Wahlergebnis und den PAN-Sieg – hier gab es lange Nachzählung und wahlrechtlichen Streit – scheint das Ereignis gleichwohl ausschlaggebend gewesen zu sein.

Im PRI-regierten Campeche setzte der PAN auf einen Gouverneurskandidaten, der der Familie des bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Innenministers Juan Camilo Mouriño nahesteht. Die Familie Mouriño – seine Eltern leben in Spanien – hat im Bundesstaat überaus starke Wirtschaftsinteressen, vor allem im Energiebereich. Der Wahlkampf lag weitgehend in den Händen von Antonio Sola, eines bekannten spanischen Experten, der auch den Calderón-Wahlkampf 2006 stark bestimmt hatte.

Die Hoffnungen des PAN vergrößerten sich zudem, als zwei Wochen vor der Wahl der Kandidat des PRD – Francisco Brown Gantús – zugunsten seines Mitbewerbers vom PAN – Mario Alberto Ávila Lizárraga – zurückgetreten war. Dazu muss man allerdings noch wissen, dass Brown Gantús – früher gehörte er dem örtlichen PRI an – mit der Schwester von Juan Camilo Mouriño verheiratet ist. Für den nationalen Parteivorsitzender des PRD, Jesús Ortega, war dies Anlass – ebenso wie bei vergleichbaren Fällen im Bundesstaat México und in Querétaro – PAN und PRI „vulgären Kauf“ von Kandidaten vorzuwerfen. Seine Partei sei von ihren Kandidaten betrogen worden. All das reichte aber letztlich nicht, um Fernando Eutimio Ortega Bernés den Sieg streitig zu machen, der jetzt die bisher ungebrochene Siegestradition seiner Partei in Campeche fortsetzt.

Für den nationalen Parteivorsitzender des PRD, Jesús Ortega, war dies Anlass – ebenso wie bei vergleichbaren Fällen im Bundesstaat México und in Querétaro – PAN und PRI „vulgären Kauf“ von Kandidaten vorzuwerfen.

Im kleinen Bundesstaat Colima mit seinen gerade einmal 452 536 Wählern standen sich vor allem Maria Anguiano Moreno (PRI-PANAL), bisher Bürgermeister der Stadt Colima, und Senatorin Martha Leticia Sosa Govea (PAN), die ehemalige Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Manzanillo gegenüber. Die Kampagne konzentrierte sich dabei nicht zuletzt auf die persönliche Reputation der Kandidaten – im Falle des PRI-Bewerbers wurden bis hinein in die nationale Parteispitze des PAN immer wieder Vorwürfe der Verstrickungen in den *narcotráfico* laut. Gleichwohl hatte er am Wahltag die Nase vorn. Neben seinem Sieg bei den Gouverneurswahlen erreichte der

PRI schließlich auch wieder die absolute Mehrheit im Regionalparlament, in dem ferner der PAN, Nueva Alianza und der PT vertreten sind.

Ferner gab es Kommunalwahlen in elf Bundesstaaten sowie im Hauptstadtbezirk México D.F., wo der PRD bisher 14 von 16 Stadtbezirken beherrschte und der PAN die restlichen zwei – Miguel Hidalgo und Benito Juárez. Im D.F. gelang dem PAN immerhin ein Achtungserfolg: die beiden bisher von ihm regierten Distrikte wurden gehalten, hinzu kam Cuajimalpa. Für den PRD und seine Selbstgefälligkeit immerhin ein Warnschuss.

DIE POSSE VON IZTAPALAPA

Ein bezeichnende Posse gab es im größten Bezirk der Hauptstadt, Iztapalapa, immerhin rund 1,8 Millionen Einwohner stark. Dort hatte sich für den PRD eine schwierige Situation ergeben: nach zweifelhafter parteiinterner Kandidatenaufstellung für das Amt des Stadtteilbürgermeisters hatte die unterlegene Kandidatin, Silvia Oliva, die Wahl angefochten und vor dem Obersten Wahlgericht Mexikos Recht bekommen. Sie wäre damit die legitime PRD-Kandidatin, allerdings bei erheblichem innerparteilichem Widerstand, den die nun ausgebootete Kandidatin, Clara Brugada, artikuliert.

Nach zweifelhafter parteiinterner Kandidatenaufstellung für das Amt des Stadtteilbürgermeisters hatte die unterlegene Kandidatin, Silvia Oliva, die Wahl angefochten und vor dem Obersten Wahlgericht Mexikos Recht bekommen.

Ex-Präsidentchaftskandidat Andrés Manuel López Obrador (AMLO) sprang ihr zur Seite und dem ungeliebten Parteivorsitzenden Jesús Ortega ins Kreuz – und erfand ganz nebenbei ein typisches Vehikel: nun rufe er zur Wahl des PT-Kandidaten im Stadtbezirk, Rafael Acosta, ein allgemein nur „Juanito“ gerufener Aktivist und Straßenkämpfer, auf. Dieser habe versprochen, im Fall seiner Wahl zugunsten von Clara Brugada auf das Amt zu verzichten, eine nicht nur rechtlich zweifelhafte Option, die nur mit Unterstützung des Hauptstadtbürgermeisters Marcelo Ebrard möglich würde: er müsste nach einem Rücktritt Acostas der Legislativen Versammlung der Hauptstadt Clara Brugada als „eingesetzte *delegada*“ für Iztapalapa vorschlagen und diese müsste sie bestätigen.

Unmittelbar nach AMLOs Auftritt zur Sache nannte der Parteivorsitzende des PRD, Jesús Ortega, AMLOs Verhalten „einen Verrat an den Prinzipien dieser Partei“. Konsequenzen hatte das einstweilen nicht. Mitbeschädigt wurde allerdings

auch das Oberste Wahlgericht, dem nicht nur von Seiten der Unterlegenen Einseitigkeit und parteipolitische Optik vorgeworfen wurde. Dies wiederum war nur möglich, weil – wie beim IFE – die Mitglieder parteipolitisch so zuordbar geworden sind, dass viele Bürger nicht mehr an die Unabhängigkeit dieser Instanzen glauben. Und dies dürfte auf Dauer schwerer wiegen als die Posse, die gerade das fragile Gebäude der mexikanischen Linken zum Einsturz zu bringen droht. Alles in allem: typisch PRD und typisch AMLO! Und die Reaktion der Bürger von Iztapalapa: ein Sieg Juanitos. Fortsetzung folgt.

ERWARTUNGEN AN DAS NEUE PARLAMENT

Die Bilanz der jetzt zu Ende gegangenen LX. Legislatur des mexikanischen Parlaments war eine mit Licht und Schatten, die Frage ist jetzt, was die Nachfolger zustandebringen. Ihre Arbeit wird nicht einfacher, da sich die Augen bereits auf die Präsidentschaftswahlen 2012 richten und alle Beteiligten versuchen, sich dafür eine gute Ausgangsposition zu sichern. Da könnte zuviel Kompromissbereitschaft ebenso schaden wie der Eindruck, sich lediglich aufs Blockieren zu verlegen. Gerade für den PRI allerdings könnte ein gewisser Reiz bestehen, den vergleichsweise aggressiven Angriffswahlkampf des PAN nun mit weniger Kooperation im Parlament zu beantworten, zumal man als eigentlichen Drahtzieher der Kampagne den Präsidenten selbst vermutet. Andererseits haben sich für sie der „Mittelkurs“ und die begrenzte Kooperation durchaus ausgezahlt, wie das Wahlergebnis belegt.

Für Felipe Calderón wird das Regieren sicherlich nicht einfacher – hier zeigen sich Parallelen zu seinem Vorgänger Vicente Fox, der nach den Zwischenwahlen 2003 ebenfalls deutlich geschwächt in die zweite Hälfte seiner Amtszeit ging. Auch könnte die bisher ungebrochene Loyalität seiner Partei auch bei äußerst unpopulären Entscheidungen darunter leiden, dass sich – das Ende der Amtszeit vor Augen – viele wichtige Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schon auf mögliche Nachfolger ausrichten. Hinzu kommt, dass der finanzielle Spielraum deutlich enger wird. Schon jetzt sind die Prognosen für den Staatshaushalt im Jahre 2010 besorgniserregend: zurückgehende Einnahmen aus dem Erdöl verbinden sich mit den Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise zu einem gefährlichen Gemisch.

Parallelen zeigen sich zu seinem Vorgänger Vicente Fox, der nach den Zwischenwahlen 2003 ebenfalls deutlich geschwächt in die zweite Hälfte seiner Amtszeit ging.

Experten sind sich einig: ehrlicherweise hätte schon im Wahlkampf das Thema unvermeidlicher Steuererhöhungen eine Rolle spielen müssen.

An verschiedenen Reformen der zurückliegenden Jahre wird das neue Parlament weiterarbeiten müssen. Sie gelten als Schritte in die richtige Richtung, aber keineswegs als ausreichend: Als herausragend für die vergangenen drei Jahre sehen Beobachter die Justizreform, die das Anklageprinzip und mündliche Verhandlungen vorsieht, bei denen der Angeklagte Gelegenheit hat, seine Sicht der Dinge Auge in Auge mit dem Richter vorzutragen. Ihre Implementierung aber steht aus. Im Sicherheitsbereich gab es auch weitere Fortschritte: die Bundespolizei hat etwa das Recht erhalten, ermittelnd und präventiv tätig zu werden. Wichtig ist auch ein Gesetz, das künftig die Enteignung illegal erworbenen Vermögens möglich macht – ein Versuch, gerade dem organisierten Verbrechen die Grundlage seiner Aktivitäten zu beschneiden. Hinzu kommen eine Steuer- und die Energiereform, wobei vor allem letztere eher eine Mini-Reform des staatlichen Energieriesen PEMEX gewesen ist. Auch die Reformen der staatlichen Sozialversicherungssysteme – hier wurden individuelle Versicherungskonten eingeführt – hätte umfangreicher ausfallen können. Nach den Turbulenzen der Wahlkampagne 2006 waren schon diese Schritte allerdings mehr, als manche erwartet haben – und an der Situation, dass keine Partei über absolute Mehrheiten verfügt, hat sich bekanntlich nichts geändert. So wird es denn wohl mit kleinen Schritten weitergehen. Manche Initiativen, etwa eine Reform des Arbeitsrechts, wurden bis zum Sommer nicht mehr abgearbeitet und warten auf die neuen Parlamentarier.

STRUKTURREFORMEN UND DAS ZIEL 2012

Da stimmt es optimistisch, wenn kurz vor der Wahl bereits der Fraktionsvorsitzende des PRI im Senat, Manlio Fabio Beltrones vorprescht, und eine Reformagenda im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich anmahnt. Am konkretesten wird er bei den Forderungen zur Politikreform: hier, so seine Aussage, will der PRI unter anderem die Parlamente verkleinern, die direkte Wiederwahl von Abgeordneten und Senatoren sowie und partizipative Elemente wie Referenden oder sogar Abwahlplebiszite zulassen. Das Parlament soll mehr Rechte erhalten und u.a. die Kabinettsmitglieder ratifizieren.

Am konkretesten wird der Fraktionsvorsitzende des PRI im Senat bei den Forderungen zur Politikreform.

In der Bevölkerung kämen laut einer Umfrage der Zeitung *Reforma* (28. Juni 2009) besonders eine Reduktion der Parteienfinanzierung und eine Verkleinerung des Parlaments gut an. Auch die unabhängigen Kandidaturen werden als eine gute Idee gesehen. Zwei Drittel allerdings glauben nicht, dass die Möglichkeit einer direkten Wiederwahl hilfreich wäre. Hier haben die Parteien und die Experten noch einen langen Überzeugungsweg vor sich – zu tief stecken offenbar noch die diesbezüglichen Doktrinen der mexikanischen Revolution, die von Kinderbeinen an und über alle Schulstufen in den Köpfen verankert werden. Noch heute schließen viele offizielle Briefe in Mexiko mit der alten Grußformel „Sufragio efectivo, no reeleccion“ (effektive Stimmabgabe – keine Wiederwahl). Da ist es dann auch egal, dass die Wiederwahl in einer – allerdings völlig unsinnigen Praxis – schon lange existiert: in der Form eines *Job-hoppings* einer kleinen, geschlossenen Politikaste, die sich so der öffentlichen Meinung wirkungsvoll entzieht und lediglich der jeweiligen Parteiführung als Regulator des politischen Arbeitsmarktes rechenschaftspflichtig ist.

Einmal mehr ist also, gerade in der Wirtschaftskrise, von notwendigen strukturellen Reformen die Rede, einmal mehr wird es darauf ankommen, wie ein Parlament ohne klare Mehrheiten mit diesen Anforderungen umgeht. Und das in einer Phase, in der sich die Parteien langsam schon auf die Präsidentschaftswahlen 2012 vorbereiten und mögliche Kandidaten ihren internen Wettbewerb beginnen werden.

Bisher zeichnet sich hier wenig Klarheit ab: während beim PRI der Gouverneur des Bundesstaates México, Enrique Peña Nieto, als klarer Liebling der Medien und der öffentlichen Meinung an den Start geht, sieht es bei der Frage der internen Machtverteilung weniger deutlich aus. Auch der Fraktionsvorsitzende der Partei im Senat, Manlio Fabio Beltrones, die neu ins Abgeordnetenhaus gewählte Parteivorsitzende Beatriz Paredes und verschiedene Gouverneurskollegen

Peñas dürften da noch ein Wort mitsprechen.

Beim PRD wird die Frage interessant, ob die Formation überhaupt so zusammenbleibt und ob sie gegebenenfalls wieder ihren Volkstribun

Andrés Manuel López Obrador ins Rennen schicken wird. Dies dürfte vor allem dem ehrgeizigen Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard missfallen – vom aktuellen Parteivorsitzenden Jesús Ortega ganz zu schweigen. Die Rolle eines Königs-machers dürfte AMLO aber in jedem Falle zufallen. Bleibt endlich

Beim PRD wird die Frage interessant, ob die Formation überhaupt so zusammenbleibt.

die Regierungspartei PAN: dass sich hier noch nicht einmal ein engeres „Teilnehmerfeld“ für die anstehende Nominierung sauber abstecken lässt, liegt sicher nicht zuletzt daran, dass Präsident Calderón noch keinen klaren Favoriten hat erkennen lassen. Und ob sich das in absehbarer Zeit ändert, lässt sich mit guten Gründen bezweifeln.

ANHANG 1

Tabelle: Ergebnisse der Wahl zum mexikanischen Abgeordnetenhaus vom 5. Juli 2009, im Vergleich mit den Wahlergebnissen von 2003 und 2006

	WAHL DES ABGEORDNETENHAUSES 2003			WAHL DES ABGEORDNETENHAUSES 2006		WAHL DES ABGEORDNETENHAUSES 2009	
	RELATIV (in Prozent)	SITZE		RELATIV (in Prozent)	SITZE	RELATIV (in Prozent)	SITZE
PAN	30,73	151	PAN	41,20	206	27,80	143
PRI	23,14	222	PRI	20,60	103	36,79	237
PV	3,99	17	PV	3,60	18	6,71	22
PRD	17,61	96	PRD	25,40	127	12,15	71
PT	2,40		PT	3,20	16	3,63	13
CONVERGENCIA	2,26		CONVERGENCIA	3,40	17	2,46	6
PSN	0,27		ALTERNATIVA	0,80	4	1,03	0
PAS	0,74		PANAL	1,80	9	3,43	8
MEXICO POSIBLE	0,91						
PLM	0,41						
PRI / PV	13,65						
ANNULLIERUNG	3,36		ANNULLIERUNG	2,50		5,39	
WAHLBETEILIGUNG	41,00		WAHLBETEILIGUNG	58,55		44,62	

* Durch verschiedene Wahlanfechtungen sind noch geringfügige Abweichungen möglich.

**ANHANG 2 BUNDESSTAATEN MIT
GOUVERNEURSWAHLEN**

Campeche

Parteien	2003	Kandidaten/Stimmergebnisse 2009	
PAN	40,3	María Avila Lizárraga	43,09 Prozent
PRI	41,8	Fernando Ortega Bernés	51,16 Prozent
PRD	1,7	Francisco Brown Gantús	0,83 Prozent
Sonstige	16,2		

Gouverneur 2003–2009: Jorge Carlos Hurtado Valdez (PRI)
Gewählt 2009: Fernando Ortega Bernés (PRI)

Colima

Parteien	2003	Kandidaten/Stimmergebnisse 2009	
PAN	48,1	Martha Sosa Govea	44,52 Prozent
PRI	51,9	Mario Anguiano Moreno	49,62 Prozent
PRD	-	Alberto Ochoa Manzur	1,79 Prozent
Sonstige	-		

Gouverneur 2003–2009: Silverio Cavazos (PRI)
Gewählt 2009: Mario Angulano Moreno (PRI)

Nuevo León

Parteien	2003	Kandidaten/Stimmergebnisse 2009	
PAN	34,8	Fernando Elizondo Barragán	43,58 Prozent
PRI	58,4	Rodrigo Medina de la Cruz	48,76 Prozent
PRD	1,1	Martha Zamarripa Rivas	3,40 Prozent
Sonstige	5,7		

Gouverneur 2003–2009: José Natividad González Paras (PRI)
Gewählt 2009: Rodrigo Medina de la Cruz

Quéretaro

Parteien	2003	Kandidaten/Stimmergebnisse 2009	
PAN	46,9	Manuel González Valle	43,73 Prozent
PRI	43,1	José Calzada Rovirosa	49,10 Prozent
PRD	6,8	José Carlos Borbolla García	1,94 Prozent
Sonstige	3,2		

Gouverneur 2003–2009: Francisco Garrido Patrón (PAN)

Gewählt 2009: José Calzada Rovirosa (PRI)

San Luís Potosí

Parteien	2003	Kandidaten/Stimmergebnisse 2009	
PAN	44,4	Alejandro Zapata Perogordo	41,92 Prozent
PRI	38,8	Fernando Toranzo Fernández	45,38 Prozent
PRD	15,5	Juan Ramiro Robledo	8,57 Prozent
Sonstige	1,6		

Gouverneur 2003–2009: Marcelo de los Santos (PAN)

Gewählt 2009: Fernando Toranzo Fernández (PRI)

Sonora

Partidos	2003	Candidato y votos recibidos 2009	
PAN	45,5	Guillermo Padrés Elías	47,63 Prozent
PRI	46,4	Alfonso Elías Serrano	43,64 Prozent
PRD	6,4	Petra Santos Ortiz	3,92 Prozent
otros	1,7		

Gouverneur 2003–2009: Edouardo Bours (PRI)

Gewählt 2009: Guillermo Padrés Elías (PAN)